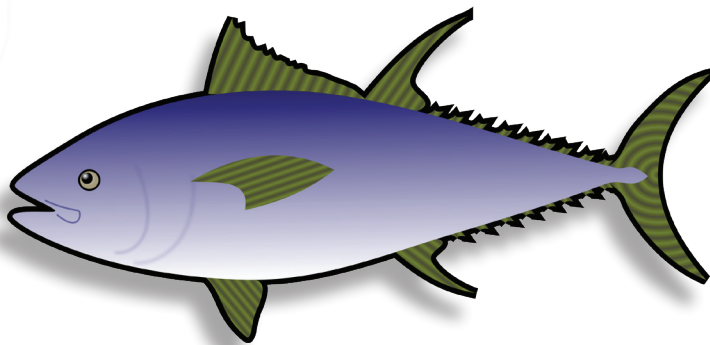


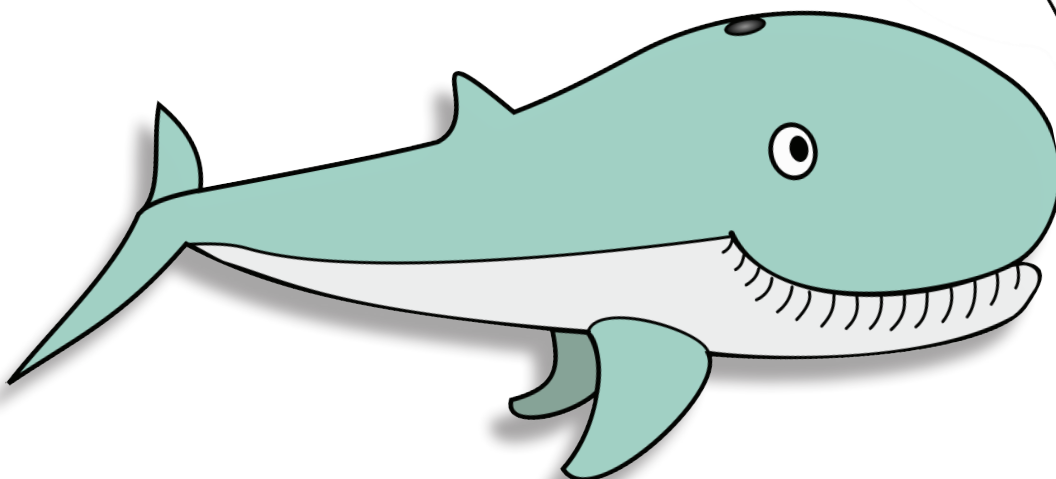
Mitarbeiterinnen- Und Mitarbeiter-Magazin
des Gesamtpersonalrats für das Land und die Stadtgemeinde Bremen

Haben wir
eigentlich eine
Wahl, Fisch?



**Auf zur Wahl der
Bremischen
Bürgerschaft
am 10. Mai 2015**

Sicher. Wir
müssen aber
dafür etwas
tun, Fisch!





Liebe Kolleginnen und Kollegen,
am 10. Mai 2015 ist Bürgerschaftswahl in Bremen. Wer hat noch niemals gedacht: „... die machen eh was sie wollen“, „... bringt ja doch nichts“. Aber so ist es ja nicht. Es geht um wichtige Fragen. Es geht um ein attraktives Bremen. Und dazu gehört ganz wesentlich ein attraktiver öffentlicher Dienst. Auch in den nächsten vier Jahren. Welche Erwartungen gibt es denn an die zukünftige Politik der Bremischen Bürgerschaft und des Senats? Kolleginnen und Kollegen aus unterschiedlichen Bereichen und unsere Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes äußern in diesem Heft ihre Vorstellungen von zukünftiger guter Politik für ein attraktives Bremen.

Wir sagen: Wählen gehen. Demokratie findet aber nicht nur am Wahltag statt, sondern auch danach. Auch nach der Wahl setzen wir uns mit unseren Gewerkschaften für unsere Forderungen ein.

In diesem Sinne, mit kollegialen Grüßen
Doris Hülsmeier

MUMM

(20.04.2015 - Redaktionsschluss: 24.03.2015)

Herausgeber:

Gesamtpersonalrat für das Land und die Stadtgemeinde Bremen

Knochenhauerstr. 20/25,
28195 Bremen

Presserechtl. verantwortlich:

Doris Hülsmeier,
Vorsitzende des Gesamtpersonalrats

Redaktionsteam:

Lars Hartwig
Elke Kosmal-Vöge
Kai Mües
Burckhard Radtke
Ivonne Weinhold
Burkhard Winsemann

Kontakt:

Telefon: 361-2215
Telefax: 496-2215
E-Mail: mumm@gpr.bremen.de

Fotos: wenn nicht anders angegeben: MUMM-Redaktion
Wal und Thunfisch-Cliparts:
openclipart.org

Druck:

Druckerei Senatorin für
Finanzen

Die nächste Ausgabe von
MUMM erscheint voraussichtlich im September 2015
Redaktionsschluss ist der
1. August 2015

Inhalt

DGB: Für eine solidarische und gerechte Gesellschaft	3
Unsere Schuldenbremse heißt umFAIRteilen.....	4
„Augen zu und durch“ ist keine Lösung	5
Gewerkschaften zur Bürgerschaftswahl 2015.....	6-7
Wir haben die Wahl! - Was Beschäftigte von der neuen Regierung erwarten	8-9
Wir sind es wert.	10-11
Nachruf Jürgen Schröder	11
Wir leben Vielfalt.....	12
Auszubildende wählen ihren APR.....	12
Tarifforderungen der Azubis	12
Unsere Stars im öffentlichen Dienst	13
Reanimationsgrenze überschritten	14
Abbau der Mitbestimmung - Personalräte entsetzt	14
Was nutzt mir eigentlich die Dienstvereinbarung Gesundheit?.....	15
Finger bewegen die Welt	16

Für eine solidarische und gerechte Gesellschaft

- gegen Rassismus und Rechtspopulismus



Foto: Thomas Langreder, DGB

Annette Düring ist Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Region Bremen-Elbe-Weser

Seit letztem Jahr haben uns die Pegida-Demonstrationen sehr getroffen. Jeden Montag trafen sich Tausende in Dresden unter dem Motto: „Wir sind das Volk“. Die Protestierenden und Protestierer haben dem Slogan von 1989 eine andere Bedeutung gegeben: „Volk“ nicht mehr im Sinne demokratischer Selbstbestimmung, sondern ethnisch definiert, und das ist eindeutig fremdenfeindlich. Wer sind diese Protestierenden? Nach einer Studie der Technischen Universität Dresden ist der durchschnittliche Pegida- (Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes) Demonstrant 48 Jahre alt, männlich und konfessionslos. Er gehört zur Mittelschicht, ist gut ausgebildet, berufstätig und verdient etwas mehr als der Durchschnitt - kurz um: ein gut situerter deutscher Staatsbürger, der sich um seinen Status sorgt. Mehr als die Hälfte der Befragten gaben als Grund für ihren Protest Unzufriedenheit mit der Politik als Motiv an. Politikverdrossenheit gilt als Nährboden für rechte Ideologien. Das ist ein Nährboden, der gefährlich werden kann und von Rechten genutzt wird. Denn Tatsache ist auch, dass unter den Demonstranten viele Rechtsextreme, Nazis und AfD'er mitmischen und aufhetzen. Wir Gewerkschaften haben uns frühzeitig gegen die Pegida-Demonstrationen in Dresden

und in anderen Städten gewandt. Unter dem Deckmantel des Protestes gegen angebliche Islamisierung wird gegen Flüchtlinge im Allgemeinen und Menschen islamischen Glaubens im Besonderen gehetzt. Es werden Ängste, wie die vor dem Verlust der eigenen sozialen Sicherheit oder einer drohenden Arbeitslosigkeit genutzt, um Rassismus zu schüren. Man fühlt sich zurückerinnert an die deutsche Asylpolitik der 90er als die Parole „Das Boot ist voll!“ von den GegnerInnen skandiert wurde. Menschen anderer Hautfarbe und/oder einer anderen kulturellen Herkunft mussten damals massiv fürchten, Opfer rassistischer Übergriffe zu werden. Vielen von uns sind die Bilder von Lichtenhagen und anderen Städten immer noch sehr präsent. Anschläge auf Asylbewerberheime gab es viele. Und auch heute wieder ist die Angst vor „Überfremdung“ und vor dem Nichtbekannten sehr groß und die betrifft besonders Muslime. Hinterfragt man das einmal genauer: Wie viele Muslime leben in Deutschland? Bei einer Umfrage in der Bevölkerung gab der überwiegende Teil 19 % an. In Wahrheit sind es nur 6 %. Die Angst vor Islamisierung ist am größten in den Städten, wo die wenigsten Muslime wohnen. So auch in Dresden. Früher war die Ecke bekannt als „Tal der Ahnungslosen“, weil seine Bewohner kein westdeutsches Fernsehen empfangen konnten. Heute kann man sich nicht mehr darauf zurückziehen. An mangelnden Informationen kann es also nicht liegen. Auffallend ist jedoch auch: In Sachsen sind die Stimmanteile zu Parteien des äußersten Randes ungewöhnlich hoch. Wir Gewerkschaften treten für die Wahrung und Verwirklichung der Menschenrechte, für die Achtung der Menschenwürde, für ein friedliches Zusammenleben und für eine sozial gerechte Weltordnung ein - so steht es in unseren Satzungen. Manchmal lohnt sich ein erneuter Blick in diese. Un-

sere Solidarität gilt allen Menschen, die aufgrund von Krieg, Terror, Verfolgung oder Armut ihre Heimat verlassen mussten und als Flüchtlinge oder Asylsuchende nach Deutschland kommen. Sie gilt auch denjenigen Migrantinnen und Migranten, die seit Jahren mit ihrer Arbeit zu Wachstum, Wohlstand und Vielfalt in Deutschland beitragen. Deutschland ist ein reiches Land. Pegida und „ihre Ableger“ in anderen Städten haben gezeigt, dass das Schüren von Ängsten um die soziale Sicherheit, um Arbeitslosigkeit und soziale Abstiegsängste dazu

beratung und eine zügige Anerkennung von Abschlüssen. Und nicht zuletzt eine wirksamere Unterstützung der Kommunen und eine Finanzierung der Unterkünfte aus dem Bundesetat. Unsere Kolleginnen und Kollegen in den Beratungs- und Anlaufstellen tun alles Erdenkliche. Aber auch sie kommen an physische Grenzen. Mehr Wertschätzung ihrer Arbeit und ihres Engagements ist angesagt. Hier muss mehr personelle Unterstützung her.

Lasst uns gemeinsam streiten für eine solidarische Gesellschaft, in der Einkommen und



Gemeinsam gegen Pegida und Rassismus protestierten am 31.01.2015 mehrere tausend Bremerinnen und Bremer

führen können, dass das soziale Miteinander in Gefahr gerät. Deshalb ist es jetzt notwendig dort die Probleme anzugehen, wo sie verursacht werden.

Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger ist dafür, dass Deutschland und auch Bremen weitere Flüchtlinge aufnimmt. Es ist eine humanitäre Verpflichtung und für beide Seiten eine Chance. Die Flüchtlinge von heute, die unsere Gesellschaft kulturell bereichern, können die integrierten Familien und Fachkräfte von morgen sein. Wer diese Chancen für unsere Gesellschaft erkennt, muss die Herausforderung annehmen. Und hier liegt vieles im Argen, sei es bei der Eingliederung in den Arbeitsmarkt. Wir benötigen mehr Sprachkurse, intensive Berufs-

Vermögen gerecht verteilt sind. Lasst uns gemeinsam für soziale Verbesserung, für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen einsetzen. Es kommt auf jede und jeden Einzelnen an!

Annette Düring



Unsere Schuldenbremse heißt umFAIRteilen

Reichtum stärker besteuern

Die 85 reichsten Menschen der Welt besitzen so viel wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung. Oder: Wenn man das durchschnittliche Pro-Kopf-Vermögen der Deutschen (88.000 €) mit einem Balken von 1,76 cm Höhe darstellt, müsste der Balken für den reichsten Deutschen mehr als 4 km (ja: Kilometer!) hoch sein. An Versuchen, die unfassbare Ungleichverteilung von Vermögen doch irgendwie fassbar zu machen, mangelt es eigentlich

ben. Damit stünden dann am Arbeitsmarkt nicht ausreichend hoch qualifizierte Arbeitskräfte zur Verfügung.

Ob einkommensschwache Haushalte Geld für Bildung übrighaben oder nicht, wäre freilich kein so großes Problem, wenn die öffentlichen Bildungseinrichtungen ausreichend ausgestattet wären. Sind sie aber nicht, vor allem auch, weil jahrelang hohe Einkommen und Vermögen steuerlich entlastet worden sind.

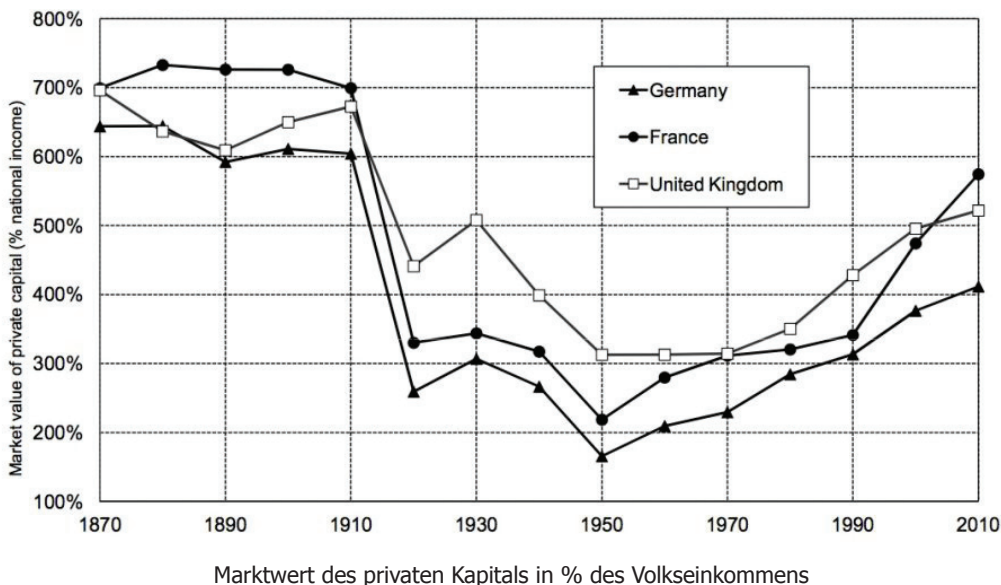
das Wirtschaftswachstum in Deutschland bremst. Die Belebung des Konsums in den letzten zwei Jahren reicht bei weitem nicht aus. Die Hoffnung vieler Ökonomen, dass das, was nicht konsumiert wird, dann eben investiert werde, geht nur buchhalterisch auf. Die Mehrung privaten Reichtums erfolgt immer weniger durch zusätzliche Investitionen und immer mehr als Gegenstück zur Verschuldung anderer, nicht zuletzt der öffentlichen Haushalte.

an unserem großen Reichtum ergötzen können. In unserem Wirtschaftssystem wird Vermögen im Allgemeinen in der Erwartung angesammelt, damit Profit zu erzielen. Immer weiter steigende Vermögen greifen daher in immer stärkerem Maß auf das gesamtwirtschaftlich erzielte Einkommen zu, zu Lasten der Arbeitseinkommen.

Eine Fortsetzung dieser Entwicklung stößt an Grenzen. Entweder müssen die Renditen auf ein geringeres (Durchschnitts-)Niveau zurückfallen. In diese Richtung wirkt etwa die derzeitige Geldpolitik mit dem niedrigen Zinsniveau. Durchschlagende Erfolge sind davon aber nicht zu erwarten, weil die eigentliche Verteilung zwischen Arbeitseinkommen und Gewinnen an anderer Stelle entschieden wird.

Oder aber das profitsuchende private Kapital muss verringert werden. Das große historische Vorbild zweier Weltkriege sollte dafür aber nicht in Betracht gezogen werden. Ordentliche Vermögenssteuern tun es auch.

Quelle: Das Kapital des 21. Jahrhundert, Thomas Piketty



Burkhard Winsemann

nicht. Aber wer kann sich schon 3,5 Milliarden Menschen wirklich vorstellen? Wer einen 4 km hohen Balken?

Ebensowenig fehlen wissenschaftliche Erkenntnisse darüber, was die enorme Reichtumskonzentration anrichtet. Nach Berechnungen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) wäre die deutsche Wirtschaft seit 1990 um 6 % stärker gewachsen, wenn die Einkommen gleichmäßiger verteilt wären. Wichtigster Grund dafür ist aus Sicht der OECD der hohe Anteil der einkommensschwachen Haushalte. Diese können nur wenig Geld für Bildung ausge-

Das obere Ende der Einkommenskala verursacht noch weitere Probleme, Luxusprobleme sozusagen. Wer vor 20 Jahren schon nicht wusste, wohin mit all dem Geld, der wird es durch weitere kräftige Einkommenssteigerungen auch nicht herausgefunden haben. Wer dagegen vor 20 Jahren nicht wusste, wie er über die Runden kommen soll und seitdem mit Einkommenszuwächsen unterhalb der Inflationsrate abgespeist wurde, hat kaum eine andere Wahl als sich noch weiter einzuschränken.

Das Ergebnis ist eine schwache Konsumnachfrage, die schon seit vielen Jahren

Die Staatsverschuldung, ob in Deutschland oder Griechenland, kann nur wirksam begrenzt werden, wenn das Wachstum der großen Vermögen gestoppt wird.

In der wohl bedeutendsten wirtschaftswissenschaftlichen Veröffentlichung des vergangenen Jahres hat der französische Ökonom Thomas Piketty die Entwicklung der Vermögen und ihrer Verteilung in zahlreichen Ländern über lange Zeiträume untersucht. Ein wesentliches Ergebnis ist, dass die Vermögensbestände in den letzten Jahrzehnten stark angestiegen sind.

Daraus folgt allerdings leider nicht, dass wir uns zufrieden

„Augen zu und durch“ ist keine Lösung

Wählen gehen und auch nach der Wahl einmischen

Am 10. Mai 2015 ist Bürgerschaftswahl in Bremen. „...bringt ja doch nichts“ oder „...die machen eh was sie wollen“ - wer hat das noch niemals gedacht? Wählen gehen?

Es geht um wichtige Fragen. Es geht um ein attraktives Bremen. Dazu gehört ganz wesentlich ein attraktiver öffentlicher Dienst.

Die Schuldenbremse soll in den nächsten vier Jahren umgesetzt werden. Bei der jetzigen Einnahmesituation würde das eine Kürzung des Bremer Haushalts um weitere 600 Millionen Euro bedeuten. Kann sich jemand vorstellen, wie das funktionieren soll?

Bereits jetzt zeigt sich, dass der Stellenabbau tiefe Löcher geschlagen hat. Mit spürbaren Folgen für die Bürgerinnen und Bürger und die Infrastruktur. Mit spürbaren Folgen für die Arbeitsbedingungen und die Gesundheit der Kolleginnen und Kollegen, die mit hohem Engagement immer wieder gegen

Rotstifte löschen keine Feuer, Rotstifte kümmern sich nicht um die Erziehung unserer Kinder und die Unterstützung ihrer Familien, und Rotstifte sorgen sich nicht um unsere Grünanlagen, sondern das machen wir, die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes.

eine Arbeitsmenge ankämpfen, die eigentlich nicht zu stemmen ist.

Auch auf andere Weise wird gekürzt: Es scheint selbstverständlich geworden zu sein, dass die Ergebnisse der Tarifverhandlungen nicht in voller Höhe an die Beamtinnen und Beamten weitergegeben werden. Vor den Pensionärinnen und Pensionären wird nicht Halt gemacht. Hinzu kommt, dass in etlichen Dienststellen Abwertungen von Stellen zur Senkung der Personalkosten Gang und Gebe geworden sind. Und viele Aufgaben werden nach wie vor über prekäre Beschäftigungs-

verhältnisse, das heißt befristet, in unfreiwilliger Teilzeit, als Minijob oder in Leiharbeit wahrgenommen.

Der Gesamtpersonalrat hat unterstützt von den örtlichen Interessenvertretungen gute Regelungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der gesundheitlichen Lage mit der Senatorin für Finanzen abschließen können. Auch die Bremer Erklärung zu fairen Beschäftigungsbedingungen, die mit Unterstützung des Bürgermeisters zustande gekommen ist, enthält wichtige Regelungen zur Verbesserung der Beschäftigungsbedingungen.

Diese Dienstvereinbarungen gelten für den gesamten bremischen öffentlichen Dienst, auch für die Eigenbetriebe. Dort, wo sie gemeinsam von Dienststellenleitungen und Personalräten, Frauenbeauftragten sowie Schwerbehindertenvertretungen angewandt werden, werden Verbesserungen für die Kolleginnen und Kollegen erreicht. Es mangelt leider an der Umsetzung. Keine Zeit, kein Geld, kein Interesse?

Ist das noch ein attraktiver öffentlicher Dienst? Es wird immer schwieriger, geeignete Bewerberinnen und Bewerber für offene Stellen im bremischen öffentlichen Dienst zu finden, selbst für hochbezahlte Stellen. Wen wundert das.

Soll in den nächsten vier Jahren weiter der Mangel verwaltet werden? Kann man wirklich nichts machen? Doch! Politik kann etwas machen. In Bremen leben ca. 10.000 Vermögensmillionäre mit einem geschätzten Vermögen von über 25 Mrd. Euro. Die Einkommen aus Vermögen sind zuletzt in Bremen um 36,6 Prozent gestiegen. Das ist deutscher Spitzenwert - weit vor Bayern.

Gleichzeitig ist fast jedes dritte Kind in Bremen von Armut bedroht. 23,1 % der Bremerinnen und Bremer sind armutsgefährdet. Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander.

Es gibt gute Vorschläge, die

für mehr Gerechtigkeit sorgen und auch die Unterfinanzierung der öffentlichen Hand beheben können. Das Bündnis umFAIRteilen („Unsere Schuldenbremse heißt umFAIRteilen“) weist immer wieder darauf hin: Große Vermögen stärker in die gesellschaftliche Verantwortung nehmen.

Ein attraktiver öffentlicher Dienst sorgt für ein attraktives Bremen. Auf den kommenden Seiten äußern sich Kolleginnen und Kollegen und die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und beschreiben, was aus ihrer Sicht dafür nötig ist. Sie alle äußern ihre Forderungen an die Politik der nächsten vier Jahre. Die PolitikerInnen sollen nämlich nicht machen, was sie wollen.

Eins ist klar: Für einen attraktiven öffentlichen Dienst darf es ein „weiter so und noch schlimmer“ oder „Augen zu und durch“ nicht geben. Deshalb: Wählen gehen! Und ganz wichtig: Auch nach der Wahl - gemeinsam mit unseren Gewerkschaften - aktiv werden, sich einmischen, um für unsere Forderungen einzutreten.



Doris Hülsmeier

Richtigstellung

Uns ist leider ein Fehler unterlaufen. Der Beitrag des Kollegen Gero Sieling in der MUMM 3-2014 (Seite 5) muss richtig heißen: „Die Finanzämter sind personell hoffnungslos unterbesetzt. Immerhin dürfen nächstes Jahr 10 zusätzliche KollegInnen in die Betriebsprüfung wechseln, wo aufgrund der Personalknappheit das auf der Straße liegende Geld kaum noch aufgesammelt werden kann. Die Umsetzung reißt jedoch an anderer Stelle Lücken, da die Stellenbesetzungen aus dem Kreis der SteuerbeamtInnen erfolgt. Wir brauchen erheblich mehr Personal - für Außen- und Innendienst! Wer an der Einnahmeverwaltung spart, der spart Einnahmen.“

Gestaltungsräume für mehr Lebensqualität schaffen

- damit Politik sich nicht selbst abschafft!

Das Land Bremen mit Bremen und Bremerhaven ist strukturell unterfinanziert. Bremen hat heute 20 % weniger Einnahmen als 1992 - durch die Steuerpolitik der letzten Jahrzehnte. Die Schuldenbremse verschärft die dadurch entstehenden Probleme. Nach Auffassung von ver.di muss die Lebensqualität in Bremen und Bremerhaven für die Bürgerinnen und Bürger erhalten und verbessert werden. Dazu bedarf es eines Ausbaus öffentlicher Dienstleistungen und Infrastruktur sowie ausreichendes Personal. Die Arbeit der Kolleginnen und Kollegen soll wertgeschätzt, anerkannt und gut bezahlt und die Mitbestimmung ausgebaut werden.

Die Realität sieht momentan leider völlig anders aus. Die Feuerwehr Bremen hat die schlechtesten Schutzstandards, sowohl für die BürgerInnen, als auch für ihre Beschäftigten. Das

öffentliche Grün wird so stiefmütterlich behandelt wie sonst nirgends. Den guten Strafvollzugsregelungen in Bremen fehlt es an Personal an allen Ecken. Mit ver.di abgeschlossene Verträge zur Innenreinigung werden zu Lasten der KollegInnen nicht eingehalten. Den gestiegenen Anforderungen bei den LehrmeisterInnen und Verwaltungsangestellten an Schulen wird nicht Rechnung getragen. Im Bereich der Flüchtlingsunterstützung sieht es zappenduster aus. An den Hochschulen werden trotz steigender Studierendenzahlen Studiengänge geschlossen. Bei der Werkstatt Bremen wird der dringend benötigte VertreterInnenpool nicht eingeführt. Die Liste der Beispiele sprengt das Format dieses Magazins.

Um die immer weitergehende soziale Spaltung im Land Bremen stoppen und umkehren zu

können, müssen sich die neu zu wählenden politischen Verantwortlichen von der Kürzungspolitik der letzten Jahrzehnte trennen. Neben einem solidarischen Länderfinanzausgleich und Altschuldenfonds brauchen wir eine gerechte Steuerpolitik, die Reichtum stärker besteuert, eine wirksame Unterbindung von Steuerflucht und konsequenten Steuervollzug. Nach seriösen Berechnungen im ver.di-Steuerkonzept könnte Bremen so mit Steuerermehreinnahmen von 600 Millionen Euro im Jahr rechnen. Wenn Politik sich keine Gestaltungsräume verschafft, schafft sie sich selbst ab.



Ingo Tebje, Gewerkschaftssekretär ver.di-Bezirk Bremen-Nordniedersachsen



Bildungseinrichtungen sind unterfinanziert

Mindestens 20 Millionen Euro zwingend erforderlich

Die sozialen Probleme in Bremen sind unübersehbar. Das schafft Bedingungen, die an alle Bildungseinrichtungen hohe Anforderungen stellen. Die Bildungseinrichtungen sind jedoch unterfinanziert. Hinzu kommt: Unsinnige Dokumentationspflichten wurden stetig ausgebaut, demokratische Beteiligung abgebaut. Die Arbeitsbelastungen aller Beschäftigten steigen seit Jahren - mit entsprechenden Auswirkungen auf ihre Gesundheit und die Qualität der Arbeit und der Bildung.

Die Schulen benötigen deshalb eine bedarfsgerechte Personal- und Sachmittelausstattung - hierzu gehört auch die Absicherung entsprechender Vertretungsreserven. Die Anhebung des jährlichen Personalhaushaltes um mind. 20 Mio. € zur Einhaltung der notwendigen Standards für die Inklusion ist zwingend erforderlich. Die

Schulsozialarbeit muss ausgebaut werden. Nur so kann den Anforderungen der Bildung und der psychosozialen Problemlagen der Schüler angemessen begegnet werden. Die pädagogischen MitarbeiterInnen, die bei Trägern Leiharbeitsverträge haben, müssen ein Übernahmeangebot in den öffentlichen Dienst erhalten.

Für die Hochschulen und Universitäten muss eine ausreichende, dauerhafte Grundfinanzierung sichergestellt werden - zum Erhalt aller Studienplätze und des Studienangebots. Für Daueraufgaben müssen Dauerstellen eingerichtet, prekäre Beschäftigung muss abgebaut werden - Lehrbeauftragte, Honorarkräfte und Werkverträge müssen in den Geltungsbereich des Bremischen Personalvertretungsgesetzes fallen zu Gunsten tariflicher Bezahlung und einer vertraglichen Arbeitszeit

zur Absicherung des Lebensunterhaltes. Dies gilt für die Lehre und für den Wissenschaftsbereich. Die anerkannten Weiterbildungseinrichtungen müssen mit einem Sockeletat von 2 Mio. € jährlich ausgestattet und der Etat regelmäßig angepasst werden. Auch hier müssen statt prekärer Arbeitsplätze Dauerstellen eingerichtet und tarifliche Bezahlung sichergestellt werden.

Im KiTa-Bereich ist eine bessere personelle Ausstattung zwingend notwendig. Hier werden die Grundlagen schulischer Bildung gelegt: Erforderlich sind mindestens zwei pädagogische Fachkräfte pro Gruppe für die gesamte Betreuungszeit - ebenso wie die Sicherstellung von Vertretung bzgl. Vorbereitungszeiten, Entwicklungsgesprächen, Besprechungen, krankheitsbedingten Ausfällen, Fortbildungen, Urlaub etc.



Petra Lichtenberg, Sprecherin der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Bremen



Neuer Senat, neue Abgeordnete, neue Stühle

Ändert sich wirklich etwas? Ich rate euch: Geht wählen!

Am 10. Mai dieses Jahres wird in unserem Bundesland ein neues Parlament gewählt. Ein neuer Senat, neue Abgeordnete, neue Stühle, alles neu. Aber ändert sich wirklich etwas?

Die Dienstleistungen des öffentlichen Dienstes sind gefragt denn je: Bremen wächst, die Touristen strömen nur so in die Hansestadt, und das Leben hier macht Spaß und ist schön. Wir fühlen uns sicher, nutzen das öffentliche Verkehrsnetz und genießen die kurzen Wege. Liest sich toll, wäre da nicht der Arbeitgeber des öffentlichen Dienstes. Mit Blick auf das Stadtamt Bremen fällt auf, wie enttäuschend ein Arbeitgeber sein kann, denn im Stadtamt macht die Arbeit nach wie vor krank. Die extrem hohe Krankenquote spricht für sich und anstatt Abhilfe zu schaffen, werden andere wichtigere Sofortprogramme beschlossen.

Andere Probleme haben erst die Aufmerksamkeit des Senats auf die katastrophalen Zustände im Stadtamt geweckt. Gepaart mit der bevorstehenden Bürgerschaftswahl sieht das natürlich nach vorbildlichem Handeln aus. Aber irgendwie lässt mich der Eindruck nicht los, als überwiege hier die bevorstehende Wahl in der Handlungsbereitschaft. Eigentlich müsste die Wahl somit als etwas sehr Positives gesehen werden, schließlich erzeugt sie neben Gewerkschaftsarbeit und Personalratsarbeit zusätzlichen Druck auf politische Entscheidungsträger. Und dieser Druck kann nicht groß genug sein, wenn es darum geht, Arbeit, die krank macht, zu verbessern. Übrigens, die ersten Anzeichen von Arbeit, die krank macht, treten auch schon bei der Polizei Bremen auf. Auch da ändert sich vorerst nichts. Welches Bild

im „Weser Kurier“ zwingt hier wohl den Senat zum Handeln? Schwerebewaffnete Polizistinnen und Polizisten, die uns vor einer konkreten Terrorgefahr schützen müssen? Nein, das scheint noch nicht zu reichen. Vielleicht muss es erneut die bevorstehende Wahl richten. Wollen wir hoffen, dass sich etwas ändert – ich rate euch daher: geht wählen!



Jochen Kopelke, Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei, Landesverband Bremen



Der Fürsorgepflicht gerecht werden

Beschäftigte nicht länger zu Opfern der Haushaltsnotlage machen

Der dbb beamtenbund und tarifunion Bremen erwartet von der nach der Bürgerschaftswahl am 10. Mai 2015 gebildeten Landesregierung, dass die fehlende Wertschätzung gegenüber den öffentlich Bediensteten, die auch durch die Personalkostenansätze zum Ausdruck gebracht wird, ein Ende hat. Die Haushaltsansätze für die Personalkosten müssen realistisch sein, dabei ist eine inhalts- und zeitgleiche Übernahme des ausgehandelten Tarifergebnisses für die Beamtin, den Beamten, die Versorgungsempfängerin und den Versorgungsempfänger einzuplanen. Der dbb beamtenbund und tarifunion Bremen fordert vom öffentlichen Arbeitgeber die vielfach vorherrschende Arbeitsüberlastung abzubauen und der Fürsorgepflicht gerecht zu werden. Mit einem weiteren Personalabbau wird der An-

spruch auf Mindestversorgung des Stadtstaates unterschritten. Die Landesregierung muss die Einnahmeseite erhöhen, damit die Handlungsfähigkeit erhalten bleibt und der bremische öffentliche Dienst in Zeiten des demografischen Wandels die Wettbewerbsfähigkeit zur Gewinnung neuer Mitarbeiter behält. Nach Auffassung des dbb beamtenbund und tarifunion Bremen muss die Landesregierung mit der vorhandenen Haushaltsnotlage offen umgehen und die strukturellen Besonderheiten des Stadtstaats offensiv vertreten. Die Neuordnung der Finanzbeziehungen der Länder muss eine Altlastenregelung enthalten. Ohne eine vernünftige Altlastenregelung wird es der Stadtstaat Bremen auf Dauer nicht schaffen, die Schuldenbremse einzuhalten. Die öffentlich Bediensteten weiter zu

Opfern der Haushaltsnotlage zu machen, indem keine angemessene Besoldung gezahlt wird, um kurzfristig die Schuldenbremse einzuhalten, ist der falsche Ansatz. Es muss eine bundespolitisch, länderübergreifende Lösung gefunden werden, wenn die Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse im Bundesgebiet weiterhin für das Land Bremen gelten soll.



Uwe Ahrens, stellvertretender Vorsitzender des dbb beamtenbund und tarifunion, Landesverband Bremen

„Ich erwarte von der Politik mehr Anerkennung und Wertschätzung für die Leistung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den kommunalen Krankenhäusern. Sie haben ihren Anteil an der notwendigen Sanierung und Personalabbau in Vorleistung erbracht. Ich erwarte, dass die Politik die notwendigen finanziellen Mittel zur Sanierung der kommunalen Kliniken erbringt und damit ihren Anteil der Absprache erfüllt.“

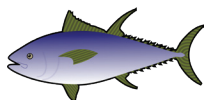
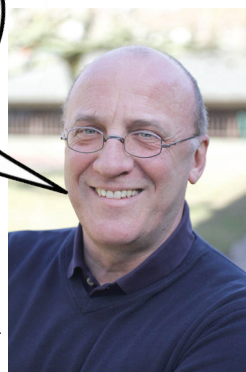


Foto: privat



Dr. Manfred Sommer
Gesamtbetriebsratsvorsitzender
Gesundheit Nord gGmbH



„Als pädagogische Mitarbeiterin wünsche ich mir für mich und alle in Schule Beschäftigten bessere Arbeitsbedingungen und die gleichen Rechte. Außerdem erwarte ich von der neu gewählten Bürgerschaft, dass sie Bildung angemessen finanziert. Die bestehenden und neu gegründeten Ganztagschulen müssen besser ausgestattet werden. Meiner Meinung nach darf die Schuldenbremse nicht auf den Rücken der Schülerinnen und Schüler ausgetragen werden.“

Foto: privat



Bianca Berger, Senatorin für
Bildung und Wissenschaft

„Ich wünsche mir weniger Überstunden und eine bessere Schutzausrüstung für Großeinsätze, in die ich geschickt werde. Außerdem wünsche ich mir mehr als nur 64 Cent zusätzlich pro Stunde für Dienst am Wochenende! Ich geh' am 10. Mai wählen!“

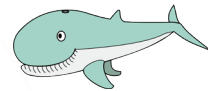
Wir haben die Wahl!

Foto: privat



Lennart Nasko, Polizei Bremen

„Die Archäologie kann uns in Bremen helfen, aus den Spuren der Vergangenheit wertvolle Erkenntnisse für unser HEUTE zu gewinnen. Dafür benötigt die Landesarchäologie dringend qualifiziertes Personal, zeitgemäßes technisches Equipment und eine Digitalisierung der Datenbestände. Leider wurden die dringend notwendigen Anpassungen nicht im erforderlichen Rahmen vorgenommen. Unter den Auswirkungen der personellen und technischen Unterausstattung leiden die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Landesarchäologie. Ich würde es sehr begrüßen, wenn die neue Regierung die notwendigen Korrekturen an der Unterausstattung vornehmen würde, damit die Landesarchäologie ihre wichtige gesetzliche Aufgabe noch besser erfüllen kann.“



„Genauso wie das Gremium des APRs starke Mitglieder braucht so braucht auch die Bremische Bürgerschaft eure Stimme um die Interessen der Menschen in Bremen bestmöglich zu vertreten. Also geht Wählen - für ein starkes Bremen!“



Annika Keske, Auszubildende im Ausbildungsberuf „Fachangestellte/r für Medien- und Informationsdienste“



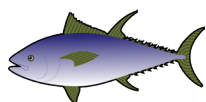
Karen Wollersen, Landesarchäologie
Bremen



Foto: privat

Andreas Rabenstein, Lehrer

„Als Lehrer an einer Oberschule wünsche ich mir eine deutlich bessere Ausstattung der Inklusion, so dass dieses gute Konzept nicht durch personelle Unterversorgung, was offensichtlich zu Tage tritt, scheitert. Die neu gewählte Bürgerschaft sollte sich außerdem für eine Reduzierung der Klassen- und Kursfrequenzen einsetzen, damit eine individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler auch wirklich geleistet werden kann.“



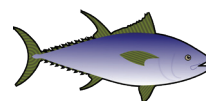
„Wir sind der Meinung, dass die Wahlen Grundvoraussetzung für eine starke Demokratie sind! Durch das Wählen hat man seine eigene Zukunft in der Hand! Aus diesen Gründen ist es wichtig, wählen zu gehen und damit die Demokratie und Zukunft noch mehr zu sichern und zu stärken!“



Die Verwaltungsfachangestellten der V13 B



Vera von Salzen, Landeshauptkasse

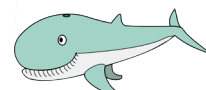


„Die Arbeit hier in der Landeshauptkasse ist kaum zu leisten. Offene Stellen werden nicht zeitnah besetzt. Der Entwicklung unserer SAP-Software hinken wir aus Geldmangel hinterher. Meinen Jahresurlaub aus 2014 musste ich komplett mit ins neue Jahr nehmen. So kann das nicht weitergehen! Und wenn es um die Bezahlung geht, wird mit Äußerungen zur Finanzierung von Gehaltserhöhungen versucht Beamte und Angestellte gegeneinander auszuspielen. Ich erwarte vor allen Dingen von der neuen Regierung eine bedarfsgerechte Personalpolitik und mehr Wertschätzung.“



Ulrike Ungnade, Finanzamt Bremen

„Das freie Wahlrecht ist für mich ein entscheidender Punkt einer funktionierenden Demokratie. Gerade in letzter Zeit lehnen sich in vielen Ländern die Menschen gegen diese fehlende Wahlfreiheit massiv auf und kämpfen dafür. Daher möchte ich mein Recht, Einfluss auf die Politik zu nehmen, auch ausüben, auch wenn ich mit keinem Programm der zur Wahl stehenden Parteien vollkommen übereinstimme. Von den Politikern würde ich mir wünschen, dass die Tätigkeit im öffentlichen Dienst, somit auch die der Steuerverwaltung, durch bessere finanzielle Ausstattung für junge, gut ausgebildete Menschen in Zukunft attraktiv bleibt.“



Arne Surhoff, Sozialgericht Bremen

„Von der kommenden Landtagswahl in Bremen erhoffe ich mir für die Zukunft eine gute personelle Ausstattung sowie bessere Aufstiegsmöglichkeiten für den mittleren Dienst. Außerdem hege ich die Hoffnung auf eine bessere bzw. ausgewogenere Politik.“

Wir sind es wert.

Tarif, Besoldung, Sozial- und Erziehungsdienst



Susanne Kremer, stellvertretende Vorsitzende des ver.di-Landesbezirks Niedersachsen-Bremen, begrüßt auf der Kundgebung in Bremen am 12. März 2015 7.000 TeilnehmerInnen aus Bremen und Niedersachsen

Nach zwei Verhandlungsrunden hatten die Arbeitgeber immer noch kein Angebot vorgelegt. Deshalb war es folgerichtig, dass wir am 12. März eine große Kundgebung auf dem Marktplatz in Bremen durchgeführt haben gemeinsam mit unseren Mitstreitern GdP und GEW.

Aufgerufen waren alle Beschäftigten der Länder aus Niedersachsen und Bremen. 7.000 sind dem Aufruf gefolgt. Das ist gemessen an den Betroffenen von dieser Tarifrunde eine überschaubare Größenordnung gewesen. Selbstverständlich hätte ich mir gewünscht, dass noch viel mehr bereit sind, sich für ihre Forderungen einzusetzen.

Es wurde deutlich herausgestellt, dass wir das Verhalten der Arbeitgeber scharf kritisieren und unsere Forderung nach 5,5 %, mindestens aber 175 Euro mehr als gerechtfertigt ist.

Die Jugend hat deutlich gemacht, dass die Anhebung der Ausbildungsvergütung um 100 Euro zum selbstständigen Leben zwingend erforderlich ist und auch ihre Forderung nach einer verbindlichen Übernahmeerklärung dazu dient, dass sie überhaupt in der Lage ist, ihre Zukunft zu planen.

Die unselige sachgrundlose Befristung im öffentlichen Dienst muss endlich einge-

dämmt werden, auch darin waren wir uns alle einig.

Weit über den Bereich der Länder hinaus reicht allerdings die Bedeutung der Auseinandersetzung um die betriebliche Altersversorgung.

Es ist gesellschaftspolitisch nicht hinnehmbar, dass nach erheblichen Kürzungen der gesetzlichen Rentenansprüche jetzt von den Ländern auch noch die Betriebsrente gekürzt und den Beschäftigten alleine die Finanzierungsrisiken bei der betrieblichen Altersvorsorge aufgebürdet werden sollen.

Das Thema Verschlechterungen in der Zusatzversorgung VBL, also bei der Betriebsrente, spielt in dieser Tarifrunde eine große Rolle bei den Arbeitgebern. Haben sie doch ein Finanzierungsdefizit von mehreren Milliarden Euro in der Zukunft zu verzeichnen.

Das Gejammer der Arbeitgeber, die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes sind zu teuer und außerdem haben sie



in den nächsten Jahren aus, es werden bundesweit 700.000 neue junge Menschen als Nachwuchs benötigt. Wer soll bitte noch Interesse an einer Beschäftigung im öffentlichen Dienst haben, wenn die Bezahlung am Ende wesentlich schlechter ist als in anderen Bereichen? Und damit würden die Arbeitgeber sich selber bestrafen.

Es war richtig, in Bremen

verdient in Bremen 1.759 Euro, beim Bund 1.883 Euro. Das sind monatlich 124 Euro weniger. Und kein Mensch kann erklären, warum ein Bremer Beamter weniger verdienen soll als ein Bundesbeamter, beide machen die gleiche Arbeit.

Bei Redaktionsschluss war gerade die dritte Verhandlungsrunde ergebnislos beendet worden.

Hauptthema der dritten Runde war erneut die Zusatzversorgung bei der VBL, die Betriebsrente. Wir erkennen zwar einen Handlungsbedarf, aber wir weisen die geforderte Leistungsabsenkung mit aller Deutlichkeit zurück!

Wir könnten uns, wenn überhaupt, nur höhere Finanzierungsbeiträge ggf. unter Beteiligung der Beschäftigten vorstellen - mehr nicht!

Ein Angebot zur Entgelterhöhung kam von den Arbeitgebern immer noch nicht, auch alle anderen Forderungen, wie z.B. Lehrkräfteeingruppierung oder Ausschluss sachgrundloser Befristungen, konnten nicht geeint werden.

Jetzt muss mit voller Macht Druck von den Beschäftigten ausgeübt werden. Wir rufen ab 24. bis 26. März zum Warnstreik auf, um den Arbeitgebern vor der nächsten Verhandlungsrunde am 28./29. März 2015 zu zeigen: Uns reicht es - wir wollen endlich ein adäquates Angebot und keine Leistungsminderung bei unserer Zusatzversorgung.



kein Geld, hören wir in jeder Tarifrunde.

Im Vergleich zu anderen europäischen Ländern sind aber die Ausgaben für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst in Deutschland mit 7,4 % gegenüber Frankreich (13,2 %), Italien (11,3 %) und Großbritannien (12%) vergleichsweise gering.

20 % aller Beschäftigten scheidet im öffentlichen Dienst

noch einmal Druck zu machen, denn von dieser Tarifrunde sind auch ganz besonders die Beamtinnen und Beamten betroffen. Werden sie doch schon seit Jahren von der Einkommensentwicklung im öffentlichen Dienst abgekoppelt, weil sie die Abschlüsse in den letzten Jahren weder zeit- noch inhaltsgleich erhalten haben.

Beispiel: A6 Finanzbeamter

Sozial- und Erziehungsdienst

Die Anforderungen der Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst sind in den letzten Jahren enorm gestiegen. Sie leisten die Arbeit pädagogischer Fachkräfte und müssen dann

volle Arbeit für die Gesellschaft leisten, und sie sind es wert, dass diese gute Arbeit auch gut bezahlt wird.

Wenn man eine Ausbildung über fünf Jahre macht und danach bei Vollzeit mit 2.366 € im Monat nach Hause geht - aber



Warnstreik der ErzieherInnen von KiTa Bremen am 20.03.2015

Foto: KiTa Bremen

auch entsprechend bezahlt werden. Die Arbeitgeber betonen immer wieder die gesellschaftliche Bedeutung der Sozial- und Erziehungsdienstberufe. Sie sehen aber dennoch keine Notwendigkeit einer besseren finanziellen Bewertung dieser Tätigkeiten. Das ist die Perversion in sich.

Die Beschäftigten werden nun ein Zeichen setzen, wie wichtig ihre Arbeit wirklich ist und in den Warnstreik treten. Sollten die Arbeitgeber sich weiter auf stur stellen, sind sie bereit, im Zweifel in den Erzwingungsstreik zu gehen.

Am 23. März werden die Verhandlungen fortgesetzt, es sind 750.000 Beschäftigte, die von einer Aufwertung des Berufs profitieren würden.

Was wollen wir eigentlich? Wir fordern eine Neuregelung der Eingruppierungsvorschriften und Tätigkeitsmerkmale und wollen damit eine Einkommensverbesserung von durchschnittlich 10 % erreichen. Das ist mehr als gerecht, weil die Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst wirklich wert-

gleichzeitig hoch qualifizierten und verantwortungsvollen Tätigkeiten nachgeht - dann stimmt das System nicht mehr.

75 % aller Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst sind teilzeitbeschäftigt und müssen deshalb Nebenjobs annehmen, um über die Runden zu kommen. Damit ist Altersarmut fast schon vorprogrammiert.

Sozial- und Erziehungsberufe: Richtig gut - aufwerten jetzt.

Susanne Kremer



Warnstreik am 12.03.2015 der Beschäftigten der Länder

Wir trauern um unseren Kollegen

Viel zu früh starb unser Kollege Jürgen Schröder mit erst 59 Jahren. Zu ihm konnte man gehen. Die Kolleginnen und Kollegen hatten Vertrauen zu ihm. Er hatte das große Talent, Menschen zusammenzubringen und leicht mit ihnen in ein Gespräch zu kommen. Er stand den Menschen in seiner Umgebung sehr nahe. Das haben viele KollegInnen, Bekannte und Freunde bei seinen vielen gewerkschaftlichen, den personalrätlichen, aber auch bei den sportlichen Aktivitäten erfahren. Als Personalrat und zuletzt als Vorsitzender des dbb beamtenbund und tarifunion hat er sich erfolgreich für die Verbesserung der Arbeits- und Einkommensbedingungen stark gemacht. Er hatte das Herz am rechten Fleck. Jürgen Schröder hat sich kurz vor seinem Tod in den Vergabeausschuss der Restcent-Aktion eingebracht. Nach Rücksprache mit eng verbundenen Kollegen haben viele für diese Aktion gespendet und auf Blumen verzichtet.

Wir leben Vielfalt!

Azubis engagiert auf der Kundgebung am 26. Januar 2015

Der Gesamtpersonalrat hat als Erstunterzeichner mit zu dieser Kundgebung aufgerufen. Wir haben uns sehr gefreut, dass der Direktor der Verwaltungsschule, Holger Wendel, und der Ausbildungsdirektor des Aus- und Fortbildungszentrums (AFZ), Jochen Kriesten, den Aufruf unterstützten. Sie riefen alle Auszubildenden auf, Farbe zu bekennen und an der Kundgebung teilzunehmen! Nach einem Warmup vor der Kundgebung wurden von den Auszubildenden viele Transparente gestaltet, die jetzt in der Verwaltungsschule angeschaut werden können.

Auch bei den Auszubildenden geht es bunt zu, etwa 30 % haben einen Migrations-

hintergrund. Seit Herbst 2014 läuft die vom Senat beschlossene Ausbildungsinitiative „Zukunfts-Chance Ausbildung“ mit 25 jungen Flüchtlingen (MUMM 2/2014 berichtete). Anlässlich des 90. Geburtstages der Verwaltungsschule erhielt sie 2013 das Prädikat „Schule ohne Rassismus/Schule mit Courage“.

Tolles Engagement aller Auszubildenden. Die Kundgebung war ein voller Erfolg!



Ivonne Weinhold



Foto: verdi

„Vielfalt sta(d)t EINFalt“ - mit diesem selbst gestalteten Banner nahmen die Auszubildenden des bremischen öffentlichen Dienstes an der Kundgebung teil

Tarifforderungen der Azubis

Die gut besuchte Vollversammlung der Auszubildenden des bremischen öffentlichen Dienstes endete mit einer Aktion zu ihren Forderungen zur aktuellen Tarifrunde. verdi hatte hierzu die Presse geladen. Die Auszubildenden fordern eine unbefristete Übernahme aller

Munoz, unterstrich die Forderungen: „Mit unseren Dienstleistungen wie Infrastruktur, Verwaltung, Bildung begleiten wir die Menschen in Bremen in ihrem Alltag und ermöglichen es den Unternehmen zu produzieren. Darauf bin ich stolz, und ich erwarte eine angemessene Ver-



Foto: verdi

Unbefristete Übernahme! ... das klingt wie Musik in meinen Ohren – eine Forderung der Azubis zur Tarifrunde 2015

Auszubildenden im bremischen öffentlichen Dienst, eine Erhöhung der Ausbildungsvergütung um 100 Euro und 30 Tage Urlaub wie für alle übrigen Beschäftigten.

Die Vorsitzende des Ausbildungspersonalrats, Safija

gütung und eine Perspektive.“ Safija kämpft zusammen ihren Kolleginnen im Ausbildungspersonalrat und mit der verdi-Jugend für die Forderungen aller Auszubildenden in der laufenden Tarifrunde.

Auszubildende wählen ihren APR

Annika Keske motiviert ihre auszubildenden Kolleginnen und Kollegen: „Wählen ist wichtig, denn nur so könnt ihr bei eurer Interessenvertretung mitbestimmen und die Personen auswählen, die euch liebe Azubis am besten vertreten können. Denn es ist wichtig, dass ein APR-Mitglied zu 100 % hinter euch steht, wenn es, was wir nicht hoffen wollen, zu Konflikten kommt. Also geht wählen und bestimmt mit - für einen starken und aktiven APR.“

Der Ausbildungspersonalrat (APR) für die rund 550 Auszubildenden beim Aus- und Fortbildungszentrum (AFZ) wird am 13. April 2015 neu gewählt. Es ist klasse, dass das Interesse an einer Kandidatur so groß war, dass alle ordentliche Plätze und

die Plätze für Ersatzmitglieder besetzt werden können. Von Verwaltungsfachangestellten, Kaufleuten für Bürokommunikation über die Biologielaborantin, Bürokauffrau und Fachangestellte für Medien- und Informationsdienste bis hin zum Gärtner, Elektroniker für Betriebstechnik und Kaufmann für Büromanagement zeigt sich hier die Vielfalt der Ausbildungsberufe der 17 Kandidatinnen und Kandidaten. Wir wünschen allen viel Glück und freuen uns auf die Zusammenarbeit!

(Anm. der Red.: Das Wahlergebnis stand bei Redaktionsschluss noch nicht fest.)

Unsere Stars des öffentlichen Dienstes

Roter Teppich für unsere Kolleginnen und Kollegen



Sie machen einfach gute Arbeit, unter schwierigen Bedingungen, aber immer engagiert. Unsere „Stars des öffentlichen Dienstes“ schritten am 18. Februar vor dem Rathaus über einen roten Teppich – begeistert begleitet und belagert von bewundernden Kolleginnen und Kollegen. Reinigungskräfte bei Immobilien Bremen, eine Landschaftsgärtnerin beim Umweltbetrieb Bremen, eine



Verwaltungsangestellte in einer Bremer Schule, FeuerbeamtInnen, ein Justizvollzugsbeamter, eine technische Mitarbeiterin in der Universität Bremen, Auszubildende im Bremer AFZ, ein Straßenwärter, eine Diplom-Bauingenieurin, ein Referent vom SKJF (Amt für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen),



eine Sachbearbeiterin im AFSD (Amt für soziale Dienste), als auch Erzieherinnen bei KITA

Bremen sowie ein Arbeitspädagoge bei Werkstatt Bremen – all diese Beschäftigten nutzen ihren Auftritt, um auf ihre Probleme und Forderungen für die Zukunft aufmerksam zu machen.

Das Motto lautet: „Wir in Bremen sind es wert.“ Die Akteure machten deutlich, dass sie täglich ganze Arbeit leisten. Sie erbringen täglich engagiert notwendige und kompetente Dienstleistungen für Bremer Bürgerinnen und Bürger. Ihre Forderungen nach besseren Arbeitsbedingungen, weniger Befristungen, höheren Löhnen und Besoldung sowie unbefristete Übernahme nach der Ausbildung sind mehr als gerechtfertigt.

„Die Beschäftigten im bremschen öffentlichen Dienst lassen sich nicht spalten. Mit unserer Kampagne „Wir in Bremen sind es wert!“ wollen wir gemeinsam und für alle Einkommenserhöhungen, Anerkennung und Würdigung der Arbeit erreichen“, so die ver.di-Pressesprecherin Kornelia Knieper.



Reanimationsgrenze überschritten

Zu wenig Personal, zu spät zum Löscheinsatz

Wenn man einen Bremer Politiker anspricht, sind die ersten Worte, die man reflexartig hört, Bremen ist pleite, Schuldenbremse und Stabilitätsrat. Selbst dann, wenn man einfach nur über das Wetter sprechen möchte. Nicht jedoch in diesen Tagen, es ist Wahlkampfzeit. Die Stimmung ist gut und die Erfolge der letzten 4 Jahre stimmen optimistisch. Trotz aller Einsparungen soll unsere Stadt lebens- und liebenswert bleiben, hören wir immer wieder von führenden Politikern. Woran erkenne ich eigentlich eine lebens- und liebenswerte Stadt? Ganz sicher auch an den Dienstleistungen des öffentlichen Dienstes. Doch wie lebenswert ist eine Stadt, in der die Feuerwehr später als in anderen Städten kommt? Die personellen Einsparungen in der gesamten öffentlichen Verwaltung in Bremen haben dazu geführt, dass auch die Feuerwehr mit weniger Personal zum Einsatz fährt. Da es nicht genügend Feuerwachen in Bremen gibt und deren Standorte heute nicht mehr so gut passen, bekommt die Feuerwehr einfach

mehr Fahrzeit eingeräumt, um am Einsatzort einzutreffen. Im Grunde ist das ein unmöglicher Zustand. Die Gewerkschaft ver.di als auch der Personalrat der Bremer Feuerwehr fordern daher seit Jahren mehr Personal. Doch wieviel Personal braucht eine Feuerwehr damit sie erfolgreich funktioniert? „Unsere Forderungen gehen nicht über die Forderungen der deutschen Feuerwehrchefs hinaus!“, so Bernd Bauer, Personalratsvorsitzender der Bremer Feuerwehr und ver.di-Mann. Die Branddirektoren in Deutschland haben sich zusammengeschlossen und eine wissenschaftlich fundierte Empfehlung darüber abgegeben, in welcher Zeit wie viele Feuerwehrleute mindestens am Einsatzort eintreffen müssen, damit die Wiederbelebung eines Menschen noch möglich ist. Die Fachleute sprechen hier auch von der „Reanimationsgrenze“. Der Kern der Forderung: 10 Feuerwehrleute in 8 Minuten. Bremen muss sparen und hat daraus 8 Feuerwehrleute in 10 Minuten gemacht. Tatsächlich werden im entsprechenden Senatsbeschluss Kostengründe

angeführt. Ein weiterer Punkt lässt aufhorchen. In Bremen wird die vorgegebene Zeit nicht ab Eingang des Notrufs gemessen, sondern erst wenn die Lösch- und Rettungsfahrzeuge los gefahren sind. Das erhöht das Zeitfenster ein weiteres Mal oder suggeriert, dass in Bremen zwar 10 Minuten gelten, aber der überwiegende Teil der Einsatzorte innerhalb der bundesweiten Empfehlung erreicht wird. Ja, wenn so der Bremer Haushalt saniert werden soll, ist das sicher keine Politik zugunsten der Bremer Bürgerinnen und Bürger. Hoffentlich erkennt das auch die Politik. Erste kleine Anzeichen scheint es zu geben.

„Es besteht Handlungsnotwendigkeit!“, so Jens Böhrnsen, „Wenn der Staat seine elementaren Schutzaufgaben nicht wahrnehmen kann ist er seiner Verantwortung nicht gerecht geworden“.



Lars Hartwig

Abbau der Mitbestimmung - Personalräte entsetzt

Jeder kann sich denken, wie es jemandem geht, der zu einer amtsärztlichen Untersuchung muss. Eine Maßnahme, die sehr viel Unsicherheit und Ängste vor den möglichen Folgen auslösen kann. Die Personalräte unterstützen bisher die Betroffenen im Rahmen ihrer Mitbestimmungsrechte. Die Mitbestimmung hat sich in der Praxis bewährt. Das soll jetzt nicht mehr gelten. Die Senatorin für Finanzen stellt seit Kurzem die Mitbestimmungsbedürftigkeit in Abrede. Ausschlaggebend dafür ist ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts (BVerwG) zu den Bestimmungen des Landespersonalvertretungsgesetzes Rheinland-Pfalz. Die Senatorin für Finanzen überträgt das Urteil auf die bremischen Regelungen zur Anordnung einer amtsärztlichen Untersuchung.

Die Rechtsprechung des BVerwG ist nicht mit dem Wortlaut und dem Sinn des Bremischen Personalvertretungsgesetzes vereinbar. Der Gesamtpersonalrat und die örtlichen Personalräte sehen sich in ihren Mitbestimmungsrechten verletzt. Wir streben

eine juristische Klärung an.

Unabhängig von der ausstehenden rechtlichen Prüfung der Auffassung der Senatorin für Finanzen zur Mitbestimmung ist zumindest eine frühzeitige Beteiligung des Personalrats durch die Dienststellenleitung notwendig. Dies ergibt sich schon daraus, dass durch die amtsärztliche Untersuchung weitere mitbestimmungsrelevante Entscheidungen vorbereitet werden sollen.

Die frühzeitige Beteiligung des Personalrats sichert einen fairen Verlauf der Untersuchung - neben den individualrechtlichen Möglichkeiten.



Burckhard Radtke



Was nutzt mir eigentlich die Dienstvereinbarung ...

... zum Gesundheitsmanagement im bremischen öffentlichen Dienst

Meine Arbeit darf nicht krank machen - sie muss so organisiert werden, dass meine Gesundheit erhalten bleibt.

Dieses Ziel verfolgen die Gesetze und Verordnungen zum Arbeitsschutz in der Arbeitswelt.

Arbeitsverdichtung, Stress, schlechtes Betriebsklima und viele Überstunden sind oft ein Zeichen dafür, dass die Arbeitsverhältnisse geändert werden müssen. Hier hilft mir die Dienstvereinbarung zum Gesundheitsmanagement im bremischen öffentlichen Dienst:

Sie systematisiert für alle Dienststellen verbindlich, wie betriebliches Gesundheitsmanagement aufgebaut wird. In ihr werden Vorgehensweisen zum Aufbau und zur Umsetzung beschrieben, die eine gemeinsame strategische Ausrichtung haben. Gemeinsam heißt, Führungskräfte und Beschäftigte.

Gesundheit zu fördern, heißt Gesundheit offensiv zum Thema zu machen.



Auch hier gilt: Es muss eine Bestandsaufnahme durchgeführt werden. Wo stehen wir in Sachen Gesundheit und wo haben wir Handlungsbedarf?

Das Betriebliche Gesundheitsmanagement leitet seine Ziele aus Analysen ab, plant und steuert sein Vorgehen und kontrolliert, ob die Ziele erreicht sind. Im Gesundheitsbericht gibt es eine dienststellenbezogene Auswertung des Krankheitsstandes. Im Mitarbeiterinnen- und Mitarbeiter-Portal (MiP)



Während der Mittagspause dient die Massage der Entspannung

kann jede Dienststelle ihre eigene Auswertung sehen. Sie zeigt Schwerpunkte des dienststelleninternen Krankheits- und Belastungsgeschehen auf und gibt Hinweise auf weitere Analyseerfordernisse und Maßnahmen.

Aber was habe ich persönlich von dieser Dienstvereinbarung?

Ich werde beim Thema Gesundheit beteiligt und mein Arbeitgeber bietet im Bereich der Verhaltensprävention Firmenfitness mit qualitrain, Stressbewältigungsseminare oder Seminare zur gesundheitsorientierten Ernährung, Fortbildungen zum Thema Gesundheit an.

Einige Dienststellen bieten im Rahmen ihrer Verhaltensprävention Massage, Yoga und ähnliches an oder haben gut eingerichtete Sozialräume, die zur Pause einladen und auffordern.

Bei den Arbeitsverhältnissen sieht es schon anders aus. Dem Arbeitgeber fällt es schwerer, hier entsprechende Maßnahmen abzuleiten und umzusetzen. Dabei können einfache Veränderungen wie z. B. Dienstplanveränderung (Arbeitszeiten), Bürozeiten ohne Telefonklingeln, Geräuschpegel senken, angepasste Arbeitsabläufe, aber auch passende Büromöbel, die platzsparend und ergonomisch sind, geeignete Maßnahmen sein, die die Arbeitsverhältnisse positiv

verbessern. Gerade die Verhältnisprävention ist eine spannende Herausforderung, der sich alle stellen sollten. Wenn ich meine, dass hier Handlungsbedarf besteht, so kann ich das zum Beispiel in Gesundheitszirkeln (eine Form meiner Beteiligung im Gesundheitsmanagement) einbringen. Klar ist: Wir sind ExpertInnen unserer eigenen Arbeitssituation!

Das Betriebsklima gehört zur Verhältnisprävention. Gute Arbeit kann ich nur leisten, wenn ich mich wohl und anerkannt fühle. Dazu gehört, dass die kollegiale Zusammenarbeit und gegenseitige Unterstützung gefördert und gefordert wird.



Irene Purschke

Die Dienstvereinbarung zum Gesundheitsmanagement im bremischen öffentlichen Dienst, die der Gesamtpersonalrat mit unserem Arbeitgeber abgeschlossen hat, will erreichen, dass unsere Arbeitsbedingungen nicht krank machen, sondern dass Arbeit so organisiert wird, dass wir gesund bleiben (Verhältnisprävention). Gesundheit bedeutet: Gleichgewicht zwischen Belastungen und Ressourcen. Natürlich geht es auch um eine Stärkung unserer Eigenverantwortung (Verhaltensprävention).

Entscheidend ist die Ganzheitlichkeit im Gesundheitsmanagement. Zwischen den Arbeitsverhältnissen und meinem Verhalten bestehen komplexe Wechselwirkungen, welche die Gesundheit am Arbeitsplatz beeinflussen. Kommt es zu einem Ungleichgewicht, ein Bereich wird vernachlässigt, verschlechtern sich die Erfolgsaussichten im Gesundheitsmanagement.

Finger bewegen die Welt

Schnelle Empörung statt ernsthafter Diskussionen

So ein Finger ist schon ein erstaunliches Körperteil. So klein, und doch so mächtig. Nicht nur vielfältige handwerkliche Tätigkeiten kann man damit ausführen, sondern sogar das Weltgeschehen steuern. Auch diese Kolumne wäre dieses mal durch ein schlichtes schwarzes „Je suis Charlie“ ersetzt worden, vielleicht ergänzt um ein kurzes Herr erbarme Dich betreffend das vielstimmige Geschnatter zum Terroralarm in Bremen. Die Arbeit der Polizei hat doch immerhin dazu beigetragen, dass niemand ernsthaft zu Schaden gekommen ist.



Hier wird geschnattert, was das Zeug hält - wie in Bremen wegen des Terroralarms

Foto: Eisbäärrchen auf flickr 

Wäre da nicht dieser Finger gewesen. Der Stinkefinger, früher höchstens mal von übergeschnappten Fußballspielern gebraucht, ist ja inzwischen schon eine Konstante im politisch-medialen Leben, oder besser im politisch-medialen Siechtum Deutschlands. War es vor knapp zwei Jahren noch Peer Steinbrück, der mit entsprechender Pose Abscheu und Empörung auf sich und den Wahlkampf zeitweise ins Lächerliche zog, so traf nun die mediale Jauche den völlig arglosen griechischen Finanzminister Yanis Varoufakis. Das Muster ist immer das Gleiche: Eine solche Gelegenheit, ernsthafte politische Diskussionen ganz ganz weit in den Hintergrund zu rücken, lassen sich all zu viele nicht entgehen. Es ist ja auch wirklich zu unangenehm, mit der Zwangsanleihe konfrontiert zu werden, die Nazi-Deutschland Griechenland einst abgepresst hat. Es ist zu unangenehm, über den

Anteil von zum Beispiel deutschen Panzerlieferungen an der griechischen Staatsverschuldung zu reden. Und es rückt Deutschlands Politik gegenüber Griechenland in ein wenig schmeichelhaftes Licht, wenn die rund 150 Mrd. Euro ihren langen Schatten werfen, die die Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden auf Grund der Finanzkrise weniger an Zinsen ausgeben mussten, weil alle ihr Geld in sicheren deutschen Staatsanleihen parken wollen. Unangenehm ist auch, über die ganz konkreten Folgen der vermeintlichen Rettungspolitik in Griechenland zu reden: Die Einkommen sind um fast ein Drittel zurückgegangen, besonders stark sind davon die niedrigen und mittleren Einkommen betroffen. Ein Viertel der Schulkinder leidet an Hunger, die medizinische Versorgung hat sich dramatisch verschlechtert. Die Säuglingssterblichkeit hat um rund 40 % zugenommen, ebenso wie die Zahl der Selbstmorde.

Erfreulicherweise ist es Jan Böhmermann mit seiner #varoufake-Inszenierung des Stinkefingers - gefälscht oder nicht - gelungen, denen den Spiegel vorzuhalten, die aus einer nicht wirklich an Deutschland gerichteten Geste auf so üble Weise politisches Kapital zu schlagen versuchten. Sogar die Bild gibt sich jetzt leutselig und bringt anlässlich des Besuchs von Alexis Tsipras bei der Kanzlerin „50 gute Gründe, warum uns die Griechen lieb und teuer sind“. Wie mit „teuer“ schon angedeutet, kann man über manche dieser Gründe auch heftig mit dem Kopf schütteln. Doch es sind auch ernsthafte Punkte darunter. So lesen wir unter Nr. 39: weil „sie 1974 aus eigener Kraft eine Militärdiktatur stürzten und zur Demokratie zurückfanden.“ Ja, liebe Bild-Redaktion, das finde ich mal einen guten Grund.

Und 2015 versuchen sie, sich von einer Diktatur der Finanzmärkte und der „Institutionen“ zu befreien.



Ob Facebook-Daumen oder Stinkefinger: Finger bewegen die Welt



Burkhard Winsemann